

Haushalt 1986 verabschiedet:

Regierung Helmut Kohl ist die erfolgreichste in Europa

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von CDU, CSU und FDP und gegen SPD und Grüne wurde in der vergangenen Woche der Haushalt 1986 verabschiedet. Er sieht bei einer Neuverschuldung von 23,7 Milliarden DM Gesamtausgaben von 263,5 Milliarden DM vor. Der von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg so erfolgreich gefahrene Kurs der Haushaltskonsolidierung hat durch die Daten der Sachverständigen eine eindrucksvolle Bestätigung erfahren.

Es geht wieder aufwärts in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufschwung hat sich sogar verfestigt und wird sich im kommenden Jahr auch deutlich auf dem Arbeitsmarkt widerspiegeln.

Was unter der Verantwortung der SPD in den Jahren der sozial-liberalen Koalition verspielt worden ist, haben wir wiedergewonnen:

- solide Staatsfinanzen
- stabiles Geld
- wachsendes Realeinkommen und
- wachsende Beschäftigung.

Ein Blick auf die offizielle EG-Statistik zeigt: Die Regierung Helmut Kohl ist die erfolgreichste in der Europäischen Gemeinschaft.

Die Presse spricht in ihren Kommentaren (siehe auch Seite 11) von einem klaren Punktsieg für die Regierung Helmut Kohl und von der „Stunde Gerhard Stoltenbergs“. Von der Opposition heißt es lediglich: „Ihre Generalabrechnung ist mißlungen.“ Und es tauchte immer wieder die Frage auf: Wo blieb Rau?

HEUTE LESEN SIE:

- HAUSHALT
Redeauszüge aus der Debatte um den Haushalt 1986 im Deutschen Bundestag Seiten 2—10
- KONGRESS
Auf neuen Wegen zu neuen Arbeitsplätzen / Ein Bericht vom Wirtschaftspolitischen Kongreß der CDU in Osnabrück Seite 13
- UMWELT
Rau und das Kraftwerk Ibbenbüren Seite 14—15
- DOKUMENTATION
Helmut Kohl: Optimismus mit Augenmaß / Rede des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag anläßlich der Verabschiedung des Haushaltes 1986 grüner Teil

ZDF-Wahlbarometer: Kohl und CDU plus

Im ZDF-Politbarometer, das jeden Monat nach der Sympathie für die Parteien fragt, liegt die Union mit 45 (Oktober 84) Prozent erstmals wieder vor der SPD mit 44 (47) Prozent. Die FDP halten 4 (3), die Grünen 7 (6) Prozent für die beste Partei. Auch bei Emnid legt die Koalition zu: CDU/CSU 44 (unverändert), FDP 8,5 (7), SPD 40 (40,5), Grüne 6 (7) Prozent.

Gerhard Stoltenberg

Es gibt keine Alternative der SPD zu unserem Kurs

Wir können eine in sich schlüssige Finanz- und wirtschaftspolitische Alternative der SPD zu unserem Kurs nicht erkennen. Diese Bilanz zog Gerhard Stoltenberg am letzten Tag der Debatte. Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU und der FDP für die engagierte Unterstützung unserer Finanz- und Haushaltspolitik, für die eindrucksvolle Art, in der das geschehen ist, und auch für den freundschaftlichen persönlichen Zuspruch bedanken.

Ich möchte aber auch zu den kritischen Anmerkungen des Kollegen Brandt einiges sagen.

Wir sind uns der anhaltenden Probleme und Belastungen für die staatlichen Bilanzen und für viele Menschen, die aus der Rezession der Jahre 1980 bis 1983 weiterwirken, sehr wohl bewußt. Nichts von dem, was der Bundeskanzler, die Fraktionsvorsitzenden der Koalition und andere hier gesagt haben, rechtfertigt, Herr Brandt, die Behauptung, daß wir uns an jenen orientieren, die in der Sonne stehen und jene übersehen, die die Lasten eines schweren Lebensschicksals tragen. Nichts rechtfertigt diese Unterstellung, die ich nachdrücklich zurückweise.

Es ist ein zentraler Punkt unserer Begründungen für diese Politik gewesen, die Sie kritisieren, daß sie allen Bürgern dienen soll. Geldwertstabilität statt Verharmlosung der Inflation ist am wichtigsten für die sozial schwachen Bürger unseres Landes.

Auch in den Jahren hoher Inflation, die die Sozialdemokratische Partei weitgehend politisch vertreten muß, konnten Bezieher hoher Einkommen und Leute mit Vermögen ausweichen in Sachanlagen, in Immobilien im In- und Ausland; aber die Rentner, die kinderreichen Familien mit kleinen Einkommen, die große Mehrzahl der Arbeitnehmer, konnten es nicht, und sie wurden von dieser Inflation auf das schwerste getroffen.

Wir haben nach dem Regierungswechsel den von Ihnen und Ihren Freunden über Jahre gekürzten Bundeszuschuß zur Rentenversicherung wieder voll hergestellt. Das ist praktische Politik für die Rentner: Sicherung der sozialen Systeme, während Sie die Finanzgrundlagen der Rentenversicherung durch Kürzung des Bundeszuschusses geschwächt haben.

Wenn ich da noch einmal an Ihre Worte erinnere, Herr Kollege Brandt, das ist eben der häufige Widerspruch zwischen Deklamation in der Öffentlichkeit und praktischem Handeln in der eigenen Verantwortung.

Wir glauben mit vielen, über den Kreis unserer politischen Anhänger hinaus, daß mehr private und öffentliche Investitionen, wobei das Schwergewicht auf den privaten liegen muß, für neue dauerhafte Arbeitsplätze wichtiger sind als kurzfristige Programme.

Die soeben noch wieder kritisierten Entscheidungen für bessere Bedingungen für die hart bedrängte Landwirtschaft sollen den betroffenen Menschen dienen und vor allem auch den Bauarbeitern.

Zum Thema Flugbenzin will ich Ihnen nur in aller Kürze sagen:

Wir haben aus Ihrer Regierungszeit eine Situation, in der 97 % des verbrauchten Flugbenszins steuerlich freigestellt sind und 3 % nicht. Niemand kann mir erklären, weshalb es sinnvoll ist, daß regionale Fluggesellschaften freigestellt sind und private Schulen zur Ausbildung von Piloten nicht. Nun gibt es die Alternative, für die sehr vieles spricht, alle wieder in die Besteuerung einzubeziehen. Das haben Sie nicht erreicht und das ist auch heute nicht konsensfähig. Aber wenn die Angleichung in die eine Richtung nicht möglich ist, in Ihrer Zeit nicht möglich war und auch in unserer Zeit politisch nicht möglich ist, ist es richtig, die Abgrenzung in die andere Richtung vorzunehmen. Dabei sage ich offen: Das ganze Thema wird sich wieder einmal als Thema der europäischen Steuerharmonisierung stellen. Im Moment tun wir einen Schritt zur Verwaltungsvereinfachung und zur Klarstellung.

Der Kollege Brandt hat gesagt: Eine nächste Rezession kommt sicher. Das ist, glaube ich, ein sehr wichtiger Punkt. Ich möchte es anders formulieren: Eine Abschwächung der Konjunktur kommt eines Tages sicher, aber wir müssen zwei Dinge tun und das berührt den Kern unserer Strategie, unseres Denkens und Handelns:

Erstens müssen wir das uns Mögliche tun, damit dieser Konjunkturzyklus eine möglichst lange Periode des Wachstums bringt nicht nur im Interesse der Ökonomie, sondern auch im Interesse der Menschen.

Zweitens müssen wir durch unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik unsere Volkswirtschaft so stabil, so wetterfest machen, daß ein Konjunkturabschwung uns möglichst nicht wieder in eine Rezession mit einem stark schrumpfenden Sozialprodukt hinführt mit all den sozialen und menschl-

chen Härten, die wir noch bis heute verspüren.

Eine Garantie dafür kann bei den weltwirtschaftlichen Verflechtungen für die Zukunft niemand übernehmen, aber die Erfahrung der letzten Rezession Anfang der 80er Jahre zeigt, daß es von Japan bis zur Schweiz Länder gab, ich habe sie hier in anderen Zusammenhängen mehrfach zitiert, die diese Zeit einer weltweiten Konjunkturabschwächung und weltwirtschaftlicher Erschütterungen besser überstanden haben, die nicht wie wir in jene schlimme Schrumpfung der volkswirtschaftlichen Daten hineingeraten sind.

Wir sollten eine ernsthafte Diskussion darauf konzentrieren, was wir denn tun müssen und tun können, um uns auf möglicherweise einmal wieder schwierigere weltwirtschaftliche Bedingungen vorzubereiten.

Dazu gehört eine Finanzpolitik, die nicht die alten Fehler, die Fehler der 70er Jahre, im Gewande neuer schöner Überschriften wiederholt.

Herr Kollege Brandt, Sie haben in Ihrem Beitrag die Frage der gemeinsamen Verantwortung, die Frage der Gemeinsamkeit, aufgeworfen. Diese Frage haben wir alle immer wieder sehr ernst zu nehmen. Ich muß allerdings offen sagen, daß manches, was hier von einzelnen Ihrer Freunde, wenn ich etwa an den zweiten Hauptsprecher der Sozialdemokratie, den Abgeordneten Schröder (Hannover), denken, geboten wurde, Gemeinsamkeit nicht stärkt, sondern zerstören kann.

Der Herr Schröder (Hannover) hat hier, ich sage das nur zum Thema „gemeinsame Verantwortung“, Dinge gesagt, die unglaublich sind.

Ich will nur zwei Sätze zitieren. Herr Schröder sagt:

Ich denke, für diese Regierung müßte eine neue Hymne geschrieben werden. Ich habe

Norbert Blüm

Zuversicht auf der Grundlage der Solidität

Solidität zahlt sich aus. Die Bürger spüren es: Es geht aufwärts. Die Real-löhne steigen wieder. Die Arbeitsplätze sind sicherer geworden. Es gibt 200 000 zusätzliche Arbeitsplätze in diesem Jahr. Der Sachverständigenrat überschreibt sein Jahresgutachten 1985/86 mit dem Satz „Auf dem Weg zu mehr Beschäftigung“ und prognostiziert für dieses und nächstes Jahr eine Zunahme der Beschäftigung um eine halbe Million!

Wir stehen auf festem Boden

1. Die Rentenfinanzen sind wieder gesichert.
2. Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit ist verschwunden.

Ihnen einige Begriffe genannt, die dafür in Frage kommen: Egoismus und Zwietracht und Spaltung.

Diese Verunglimpfung unserer Nationalhymne und diese Verunglimpfung der Mitglieder der Bundesregierung macht jedes Reden von Gemeinsamkeit aus Ihren Reihen unglaublich, solange das nicht in Ordnung gebracht wird.

Jedem entfährt in der Hitze des Wortwechsels einmal ein unbedachtes Wort. Keiner ist davon frei. Das war eine von der ersten bis zur letzten Zeile aufgeschriebene Rede der Niedertracht. Ich bitte Sie, Herr Brändt, bringen Sie das in Ordnung, wenn Sie hier noch einmal von Gemeinsamkeit sprechen wollen.

Auch in wichtigen politischen Sachfragen sind die Gegensätze seit 1982 größer ge-

3. Die Inflation ist beseitigt und die Neuverschuldung ist gesenkt.

Solidität ist das Fundament der Zuversicht. Pessimismus macht Zuversicht Platz. Viele haben an dieser Wende mitgewirkt. Durch ihre Anstrengungen und durch Sparsamkeit.

Jetzt trägt eine Politik Früchte, die nicht mehr verteilen will als erwirtschaftet wurde.

- Realismus ist besser als Radikalismus.
- Initiativen sind besser als Illusionen.
- Solidarität ist sozial.

Ende 1982 und Ende 1985 sind ein Kontrastprogramm: Im Jahresgutachten 1982 zum Zeitpunkt des Regierungswechsels erstellt lautete das Urteil der Sachverständigen,

worden. Herr Kollege Brandt, Sie haben zu wichtigen Fragen der internationalen Politik, der Sicherheitspolitik und der Rüstungsbegrenzung geredet. Das will ich in der Kürze der Zeit im einzelnen nicht inhaltlich aufnehmen.

Ich will aber eines sagen: Es läßt sich nicht bestreiten, daß in den zentralen Fragen der Sicherheitspolitik, in dem Konflikt über Nachrüstung Ihre Partei die Linie der Regierung Schmidt verlassen hat. Das läßt sich nicht bestreiten.

Es ist eines der bedeutendsten Verdienste des von Ihnen und Ihren Freunden geschmähten Bundeskanzlers Helmut Kohl, daß er in schweren inneren Auseinandersetzungen überzeugend diesen verantwortungsbewußten Kurs der Sicherheitspolitik des Bündnisses durchgesetzt hat.

„daß gegenwärtig die Zeichen der Krise die Chancen auf längere Sicht allzusehr verdunkeln“.

Im Sachverständigengutachten 1985 heißt es dagegen: „Der Aufschwung in der Bundesrepublik entfaltet sich auf solider Basis.“

1982 schrieben die Sachverständigen:

„Die wirtschaftlichen Erwartungen in der Bundesrepublik erscheinen noch schlechter als anderswo in der Welt.“

Heute liest sich die Prognose so:

„Die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung und mehr Wachstum sind besser als anderswo in Europa.“

Damals Krise und Pessimismus, heute Aufschwung und Optimismus.

Konsolidieren ist ein Marathonlauf. Sprinter schaffen die Distanz Stabilisierung nicht. Wir haben durchgehalten und keine Augenblickspolitik gemacht: Gegen Untergangsspezialisten, Katastrophenprofis und Miesmacherexperten.

Heute können wir den Beweis antreten: Die Sparopfer haben sich gelohnt, das Schlimmste liegt hinter uns. Die Früchte der Solidität beginnen zu reifen. Auch das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) des DGB bestätigt Zuversicht in seiner Herbstprognose

1985. Es zeigte sich „zum ersten Mal eine Nachfragestruktur, die zu einem vorsichtigen Optimismus Anlaß gibt, was die Dauerhaftigkeit des Aufschwungs angeht“. Und weiter: Das Wachstum ruhe „jetzt auf einem breiteren Fundament“.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich weiter verbessert. Erstmals seit 1979 wird der private Verbrauch im kommenden Jahr wieder kräftig steigen - es ist mit einem realen Anstieg von rund 3 % zu rechnen.

Die Investitionen nehmen zu, der Aufschwung kommt am Arbeitsmarkt an.

Und die Wirtschaft bleibt optimistisch: 83 % aller Betriebe wollen so ergab die Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages den Personalbestand sichern oder ausbauen. Auch der DGB prognostiziert durch sein WSI, die Investitionsneigung werde sich „weiter festigen“.

Wir stärken den Sozialstaat

Die größere Zuversicht kommt der Sozialpolitik zugute. Wir sichern und festigen den Sozialstaat! Denn auch mit dem Haushalt 1986 wird das soziale Netz wieder gestärkt und dadurch haltbarer. Der Nachweis:

■ **Wir geben 86 Mrd. DM für soziale Sicherheit aus. Das ist mit Abstand der größte Bereich, über 40 % größer als der Verteilungshaushalt.**

Der Haushalt des Bundesarbeitsministeriums ist der größte Einzeltitel. Er beträgt 58,5 Mrd. DM. Während der Gesamthaushalt um 1,6 % wächst, steigt der Etat des Arbeitsministeriums um 3 %. Der Sozialabbau Vorwurf prallt gegen die Wand der Tatsachen.

■ **Wir geben pro Kopf der Bevölkerung rund 800 DM mehr an Sozialleistungen aus als im letzten Jahr der SPD-Regierung. Wieso, Herr Vogel, werfen Sie den „Mehrmachern“ vor, sie würden weniger tun?**

Das Sozialbudget ist seit 1982 von 525 auf 575 Mrd. DM gestiegen.

1985 gab es erstmals seit 10 Jahren keine Kürzung mehr im Sozialhaushalt.

■ **Niemals in der Geschichte wurde mehr für die soziale Sicherung getan als heute. Darauf bin ich stolz.**

Inflation ist Einbruch in soziale Sicherheit

Wir haben die Inflationsrate mehr als halbiert. Davon profitieren die „kleinen Leute“. Eine hohe Inflationsrate geht immer auf ihre Kosten. 3% weniger Inflation bedeuten für den durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalt 1 200 DM Kaufkraftgewinn. Das entspricht 3 Monatsmieten!

Und dem durchschnittlichen Rentnerhaushalt bringt die gesunkene Inflationsrate 810 DM mehr Kaufkraft pro Jahr. Das entspricht 9 Monatsausgaben für Bekleidung und Schuhe.

Stellen Sie sich vor, wir hätten beschlossen, dem Arbeitnehmer 3 Monatsmieten, dem Rentner 9 Monate Bekleidung und Schuhe zu bezahlen. Die Koalition wäre in den Himmel der Sozialheiligen aufgenommen worden. Aber unsere Preisstabilität hat dasselbe erreicht. Leider nur leise. Die Verteilungspolitiker haben einen Wettbewerbsvorteil: Ihre Maßnahmen sind laut. Solide Politik ist langsam und leise. Illusionspolitik ist laut und trügerisch.

Die Sparererschutzzgemeinschaft wies am 18.11.1985 darauf hin, daß der stabilere Geldwert den Sparern eine Substanzeinbuße von 80 Mrd. DM im Jahr erspart.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB meint:

„Das Preisniveau in der Bundesrepublik ist praktisch stabil.“

Und alle Fachleute bestätigen uns, daß die hohe Geldwertstabilität fort dauert. Auch das WSI des DGB schreibt:

„Die Inflationsrate geht, unterstützt durch die Aufwertung der DM und sinkende Importpreise, weiter zurück. Auch der Anstieg der Beschäftigung stützt die reale Kaufkraft.“

Wer uns nicht glaubt oder wer den unabhängigen Forschungsinstituten gegenüber

skeptisch ist: Auch der DGB bestätigt damit die Richtigkeit unserer Politik für die Arbeitnehmer!

Schluß mit der Inflation heißt Schluß mit dem Diebstahl bei den kleinen Leuten.

Renten gesichert

Beispiel Rentenversicherung. Ohne unsere Sanierungsmaßnahmen wäre die Rentenversicherung im Sommer 1983 zahlungsunfähig gewesen. Wir haben ihr wieder die Luft verschafft. Unsere Maßnahmen geben den Rentenkassen über 60 Mrd. DM zusätzlich. Und auch das Plus bei den Beschäftigten macht sich konkret in den Rentenkassen bemerkbar: 100 000 zusätzlich Beschäftigte bedeuten 700 Millionen DM Rentenbeiträge. 200 000 mehr Beschäftigte sind 1,4 Mrd. Mehreinnahmen. Das ist Einnahmeverbesserung ohne Beitragserhöhung. Die älteren Mitbürger können sich auf ihre Rentenversicherung verlassen. Rentensicherheit ist die wichtigste Aufgabe unserer Rentenpolitik.

Was haben wir in der Rentenversicherung getan?

Wir haben die Rentenversicherung konsolidiert und die ersten Bausteine für die Strukturreform geliefert. Der Weg der Strukturreform kann jetzt behutsam und überlegt beschritten werden. Das Haus der Rentenversicherung wird nicht abgerissen, um einem Neubau Platz zu machen. Die gute alte Rentenversicherung wird renoviert, damit sie auch in stürmischen Zeiten wetterfest bleibt.

Unsere Konsolidierung hat die Einsturzgefahr beseitigt. In Ruhe und mit Besonnenheit können wir jetzt den Umbau betreiben. Das nenne ich solide Rentenpolitik.

Die Fachleute bestätigen uns dies.

Walter Quartier, der Stellvertretende Vorsitzende der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, sagte am 4. September 1985 in der „Welt“:

„Die Beiträge fließen besser als erwartet. Wir haben keine Schwierigkeiten, die Renten aus eigenen Mitteln zu zahlen. Wenn es keinen wirtschaftlichen Einbruch gibt, brauchen wir bis 1990 auch keine Beitrags-erhöhung.“

Und der Vorstandsvorsitzende des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Dr. **Werner Doetsch**, sagte am 6. November 1985:

„Die Finanzierung der Rentenversicherung ist mittelfristig als gesichert anzusehen, wenn ihr keine neuen Verpflichtungen auferlegt werden.“

Deshalb meine Bitte: Hört auf mit der Panikmache! Spielt nicht mit der Angst der älteren Mitbürger!

Anke Fuchs behauptete am 8.11.1985 schon wieder:

„Der Vorwurf der Rente auf Pump ist gerechtfertigt.“

Was soll das? Wir benötigen noch nicht einmal das bereitstehende Betriebsmittel-darlehen des Staates. Die Einnahmen sind besser als wir selbst geschätzt haben. Die Lage ist besser als die Erwartung. Das ist besser als umgekehrt, denn Beiträge werden aus der Lage und nicht von den Erwartungen gezahlt.

Es gibt keine Rentenrevolution

Die Rente muß beitragsbezogen bleiben, damit sie auch weiterhin ein Alterslohn für Lebensleistung bleibt.

In der Rentenversicherung gilt in erster Linie das Äquivalenzprinzip: „Leistung für Gegenleistung.“ Sozialer Ausgleich

muß dagegen vorwiegend durch die Steuerzahler finanziert werden.

Was will die SPD? Einerseits kritisiert sie, wir hätten zuviel gespart. Andererseits mäkelte sie, die Rentenversicherung habe zuwenig Geld in der Rücklage. Und drittens schlägt sie massive Ausgabensteigerungen vor. Und viertens wirft sie uns Beitragserhöhungen vor.

Mehr Ausgaben für weniger Einnahmen, das ist die sozialdemokratische Mengenlehre. Mathematiklehrer **Johannes Rau!**

Allein in den Bereichen Rentenversicherung und Arbeitsförderung hat die SPD in den letzten 3 Jahren Vorschläge vorgelegt, die in dieser Legislaturperiode 100 Mrd. DM gekostet hätten. Zusätzlich!

Und die GRÜNEN mochten nicht nachstehen: Sie hatten nur für den Haushalt 1985 bereits Mehrausgaben von 30,4 Mrd. DM beantragt.

Von Umverteilungserwartungen trunken, organisiert die SPD den fröhlichen Betriebsausflug in den Steuerstaat ohne Rückkehr.

Friedhelm Farthmann schlug am 5. November in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ vor, die Lohn und Einkommensteuer um 10% anzuheben. Wie weit sind die Sozialdemokraten eigentlich von dem Arbeitnehmer entfernt? Selbst ein Durchschnittsverdiener muß von jeder zusätzlich verdienten Mark bereits mehr als 51 Pfennig an das Finanzamt und an die Sozialversicherung abgeben. Der Durchschnittsverdiener ist nicht Herr Flick, sondern der Facharbeiter Maier, Müller, Schulze ...

Arbeiter, die SPD will Euch mehr Geld abnehmen!

Der staatlich finanzierte Betreuungsstaat hat viel Gemeinsamkeit mit dem zoologischen Garten: Wohlbehütet, aber ohne Auslauf; Freiheit unbekannt!

Übersicht der Einzeletats (in Millionen Mark)

	Soll 1985	Entwurf 1986	Ver- änderungen in Prozent
Bundespräsidialamt	17,0	18,6	+ 9,4
Bundestag	420,5	474,3	+ 12,8
Bundesrat	11,1	12,6	+ 13,5
Bundeskanzleramt	479,3	501,6	+ 4,6
Auswärtiges Amt	2 435,7	2 470,6	+ 1,4
Inneres	3 703,1	3 826,3	+ 3,3
Justiz	378,3	385,8	+ 2,0
Finanzen	3 811,7	3 465,6	- 9,1
Wirtschaft	5 021,0	4 771,7	- 5,0
Agrar	6 580,8	6 924,2	+ 5,2
Soziales	56 846,7	58 489,9	+ 2,9
Verkehr	25 182,7	25 411,8	+ 0,9
Post	15,0	15,4	+ 2,4
Verteidigung	49 014,4	49 911,1	+ 1,8
Familie	16 074,4	18 214,2	+ 13,3
Bundesverfassungsgericht	12,9	13,5	+ 5,0
Bundesrechnungshof	42,7	41,7	- 2,4
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	6 615,2	6 787,2	+ 2,6
Bau	5 899,1	5 799,6	- 1,7
Innerdeutsch	623,4	769,1	+ 23,4
Forschung	7 193,2	7 410,8	+ 3,0
Bildung	4 020,0	4 057,8	+ 0,9
Bundesschuld	33 135,2	34 158,6	+ 3,0
Versorgung	9 993,7	9 550,1	- 4,4
Verteidigungslasten	1 709,0	1 767,2	+ 3,4
Zivile Verteidigung	827,7	851,6	+ 2,9
Allgemeine Finanzverwaltung	19 276,3	17 379,0	- 9,8
Gesamt	259 340,0	263 480,0	+ 1,6

Alfred Dregger:

SPD hat die Regierungs- und Oppositionsfähigkeit verloren

Die SPD ist zur Zeit ohne klares Profil. Sie ist auf allen Feldern der Politik in hohem Maße unglaubwürdig. Sie hat die Regierungs- und die Oppositionsfähigkeit verloren, sagte Alfred Dregger in der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag.

In der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist die Glaubwürdigkeitslücke der SPD an niemandem besser zu verdeutlichen als an ihrem Kanzlerkandidaten Johannes Rau. Wenn man sein berühmtes „Express“-Interview vom 16. 10. 1985 liest, von dem er unter dem Druck der öffentlichen Meinung selbst abrücken mußte, dann fragt man sich, ob Herr Rau nur lesen läßt oder ob er selber liest. Entweder ist sein eigener Wissensstand erschreckend gering oder was schlimmer wäre er macht den Bürgern bewußt etwas vor. In seinem eigenen Land hat er soziale Leistungen, ich nenne nur die Stichworte Familienerholung, Altenhilfe, Ausbildungsförderung und Behinderteneinrichtungen, rigoros gekürzt. Wer sich so verhält, der kann sich nicht vor der deutschen Öffentlichkeit als sozialpolitischer Wunderheiler aufspielen, der das Manna unbezahlbarer Wohltaten vom Himmel regnen läßt.

Rau ist aber nicht nur sozialpolitisch unglaubwürdig. Für seine Finanzpolitik gilt dasselbe. Sein eigener Finanzminister hat ihm den Bankrott vorausgesagt, falls er so weitermacht. In dem berühmten Posser-Brief heißt es, Nordrhein Westfalen habe sich in den letzten Jahren Jahr für Jahr um drei bis vier Milliarden DM übernom-

men. Dazu Posser wörtlich: „Es liegt auf der Hand, daß sich eine solche Verschuldungspolitik nur wenige Jahre durchhalten läßt, weil die dramatisch steigenden Zinslasten den Haushalt sonst in Kürze geradezu erdrosseln würden, wie am abschreckenden Beispiel anderer hochverschuldeter Länder (Brasilien, Mexiko, Polen, aber auch Bremen und das Saarland) zu studieren ist.“

Es ist eine beklemmende Vorstellung, daß dieser Mann die mühsam errungene Stabilität unseres Wirtschafts- und Sozialsystems wieder in Frage stellen könnte.

Wie steht die SPD zur Bundeswehr und zur Landesverteidigung? An Glückwunschartikeln zum 30jährigen Bestehen der Bundeswehr hat die SPD-Spitze nicht gespart. Aber wie läßt sich das vereinbaren mit der Erklärung ihres Präsidiumsmitglieds Lafontaine, Wehrdienstverweigerung sei „geradezu eine moralische Pflicht“? Wie kann es die SPD zulassen, daß unsere jungen Wehrpflichtigen, die das tun, was wir kraft Gesetzes von ihnen fordern, in dieser unglaublichen Weise moralisch abqualifiziert werden?

Vor einem Jahr wurden junge Soldaten bei den Manöverbehinderungen, zu denen die sogenannte Friedensbewegung aufgerufen hatte, tätlich angegriffen und als „Faschisten und Hitlersöhne“ beschimpft.

Die Herren Brandt und Vogel haben nicht diese Exzesse, aber die Aktionen derer unterstützt, von denen sie ausgingen. Auch ohne Exzesse wäre das absolut

unvertretbar gewesen. Nachdem sie passiert waren, wäre eine scharfe Reaktion gerade von ihnen dringend gewesen. Sie unterblieb. Erst als wir die SPD hier im Bundestag stellten, kam es zu verlegenen Ausreden. Zu Helmut Schmidts und Georg Lebers Zeiten wäre das nicht denkbar gewesen. Aber jetzt bestimmen Lafontaine und Eppler den Kurs.

Wie steht die SPD zur Allianz? Der designierte SPD-Kanzlerkandidat Rau hat erklärt, er werde alles daransetzen, den NATO-Doppelbeschluß wieder rückgängig zu machen. Helmut Schmidt hat den Doppelbeschluß in der Nato initiiert. Sein zeitweiliger außenpolitischer Berater, Professor Karl Kaiser von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, hat am 13. Oktober 1983 im „Vorwärts“ erläutert, welche Bedeutung der NATO-Doppelbeschluß besitzt:

Die SPD hat diese ernststen Warnungen ihres prominenten Parteifreundes und außenpolitischen Experten in den Wind geschlagen. Die Frage nach den Beweggründen beantwortet Frau Gesine Schwan, Mitglied der SPD, ehemaliges Mitglied der SPD-Grundwertekommission. Sie schrieb in der sozialdemokratischen Theorie-Zeitschrift „Die neue Gesellschaft“ (Ausgabe vom 15. Oktober 1983): Die Systemfrage, d. h. „die Bedrohung der westlichen Freiheit“ wird von der SPD nicht mehr gestellt. Nur wer auf diese Frage verzichte — so Frau Schwan — und „die Augen vor der sowjetischen Bedrohung“ verschließe, könne den Doppelbeschluß bekämpfen. „Wer sich so verhält, dem bedeutet die Erhaltung der westlichen Freiheit nicht viel.“

Herr Rau hat mit seiner unverantwortlichen Ankündigung, er werde den Doppelbeschluß rückgängig machen, das Urteil Gesine Schwans nur bestätigt. Und da behauptet die SPD, sie bekenne sich

zum Bündnis und zu dessen ideellen und moralischen Fundamenten!

Die SPD ist auch in der Deutschlandpolitik nicht mehr glaubwürdig. Im Godesberger Programm heißt es noch: Die SPD „steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit. Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk. Erst in einem wiedervereinten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können“.

Diese klare Position gilt heute nicht mehr in der SPD. In der SPD sind diese Aussagen nicht mehr mehrheitsfähig. Sonst hätte Herr Rau die bedauerliche Äußerung des italienischen Außenministers Andreotti zur deutschen Frage nicht mit unverhohlener Genugtuung kommentiert. Sonst hätten Herr Apel und viele andere in der SPD nicht gesagt, die deutsche Frage sei nicht mehr offen. Sonst hätte Herr Lafontaine nicht die gemeinsame Staatsbürgerschaft der Deutschen in Frage gestellt, wie jetzt in Ost-Berlin.

Dieses unwürdige Hin und Her der SPD ausgerechnet dann, wenn es um Deutschland geht, erhellt die Kluft, die sich zwischen der SPD des Godesberger Programms und der SPD von heute aufgetan hat.

Innerdeutsche Bilanz

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Windelen (CDU), hat eine positive Jahresbilanz zum Verhältnis beider deutscher Staaten gezogen. Wie Windelen in Bonn betonte, hat sich vor allem der deutsch-deutsche Reise- und Besucherverkehr merklich gebessert, auch der Transitverkehr von und nach West-Berlin habe deutlich zugenommen.

Kohls Politik beginnt zu greifen

Wer gestern Bundestagsabgeordneten der Koalition begegnete, die aus ihren Wahlkreisen zur Etatdebatte in Bonn anreisten, sah erstmals seit einiger Zeit wieder zufriedene Gesichter. Erleichtert berichteten sie von einem Stimmungswandel. Die Zuversicht verdränge allmählich das Selbstmitleid, die Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl beginne „zu greifen“, nicht nur in der Sache, sondern auch in den Köpfen der Leute.

Die Welt, 26. November 1985

Der vom Bundestag beschlossene Haushalt für 1986 ist eine alles in allem gelungene Ausgabe: der Sparkurs wird fortgesetzt, die Lohn- und Einkommensteuer wird 1986 bei stabilen Preisen gesenkt. Jeder Steuerzahler hat mehr Geld in der Brieftasche.

Ein solider Haushalt und die Steuerentlastung um 11 Milliarden: das wird den weiteren Aufschwung stützen. Die gute Konjunktur wird sich also 1986 ungebrochen fortsetzen. Der Haushalt 1986 ist auch eine gute Grundlage für den weiteren Zuwachs von Arbeitsplätzen.

Bild-Zeitung, 30. November 1985

Der Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft ist weitaus stärker als die Regierung erwartet hatte. Die Inflationsrate ist im tiefen Keller angelangt. Der Wert der Deutschen Mark kann wenigstens um weitere zehn bis 15 Prozent ansteigen, bevor die deutschen Exporte beeinträchtigt würden.

New York Times, 30. November 1985

Die Haushaltsdebatte bestätigte, daß der Bundeskanzler mit Stoltenberg eine hervorragende Wahl getroffen hat. Der Mann verkörpert vom Scheitel bis zur Sohle Ge-

diegenheit, Solidarität und Kompetenz. Eine ähnlich gute Wahl hat Kohl mit Blüm getroffen. Auch dies wurde deutlich. Denn bei keinem Politiker der Union wirkt der Vorwurf der sozialen Demontage abwegiger als bei diesem Sozialminister. Nur ein Tor oder ein Demagoge könnte ihm nachsagen, er betreibe eine Politik, die die Reichen reicher und die Armen ärmer mache.

Neue Presse, 29. November 1985

Wer in diesen Tagen die Gelegenheit hatte, einen vom Zwang zur öffentlichen Selbstdarstellung freien Helmut Kohl sozusagen Auge in Auge zu erleben, kann über seine Lockerheit nur staunen. Kohl kann in vielen Bereichen der Politik behaupten, nicht nur recht gehabt, sondern durch die Entwicklung auch recht bekommen zu haben. Der Wind, der Kohl lange und kräftigt ins Gesicht blies, hat sich gedreht. Kohl spürt ihn jetzt im Rücken.

Kölnischer Stadt-Anzeiger, 2. Dezember 1985

Die SPD ist ein Jahr vor der Bundestagswahl in die Defensive geraten. So hat es Johannes Rau, Spitzenkandidat der Sozialdemokraten, folgerichtig vorgezogen, dem Parlament, in dem er als Bundesratsmitglied jederzeit reden kann, in diesen Tagen fernzubleiben. Zu viele Fragen wären ihm dort gestellt worden, Fragen, auf die er keine Antwort hat; von der riesigen Verschuldung Nordrhein-Westfalens angefangen über seine eigene Position als Kanzlerkandidat im Wartestand bis hin zu den unterschiedlichen Positionen in der SPD über Sicherheits-, Außen- und Wirtschaftspolitik. So mußte zwangsläufig der Eindruck entstehen, der Spitzenmann der SPD kneife. Ein peinlicher Eindruck, denn Aufgabe der Opposition ist es doch, die Regierung anzugreifen und sich selbst als die bessere Alternative vorzustellen.

Stuttgarter Zeitung, 30. November 1985

Heinrich Krone wurde 90 Jahre alt

Heinrich Krone, ein Mitgestalter des demokratischen Wiederbeginns nach 1945, einer der Mitgründer der CDU in Berlin, ein Weggefährte und enger Vertrauter Konrad Adenauers über nahezu zwei Jahrzehnte hinweg, feierte am vergangenen Sonntag seinen 90. Geburtstag. Seine Frau vollendete am gleichen Tag ebenfalls ihr 90. Lebensjahr. Wer Heinrich Krones Lebensweg nachzeichnet und sein politisches Wirken für Deutschland würdigt, beschreibt ein Stück Zeitgeschichte und schlägt zugleich ein wesentliches Kapitel in der Geschichte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands auf, stellt Alfred Dregger fest. Heinrich Krone, Arbeitersohn aus Niedersachsen und promovierter Philologe, fand früh zur Politik. 1923, mit 28 Jahren, wurde er stellvertretender Generalsekretär der Zentrumspartei. Zehn Jahre lang, bis zum Ende der Demokratie in Deutschland, behielt er dieses Amt. 1925 kam er als jüngstes Mitglied für Berlin und Potsdam in

den Reichstag. Er war ein standfester Demokrat. 1933 begannen harte Jahre für Heinrich Krone. Er verlor seinen Beruf und mußte seine Familie als Vertreter ernähren. Nach dem 20. Juli 1944 geriet er für mehrere Monate in Haft, weil er zum Freundeskreis um Jakob Kaiser zählte.

Nach dem Krieg gründete er mit Jakob Kaiser und Andreas Hermes, Männern des aktiven Widerstandes gegen Hitler, 1945 in Berlin die Christlich Demokratische Union. Heinrich Krone hat in den zwanzig Jahren, die er als Abgeordneter für Berlin dem Deutschen Bundestag angehörte, viele hohe Ämter bekleidet. Sein Rat hatte großes Gewicht. Er ist wie Helmut Kohl einmal gesagt hat neben Konrad Adenauer selbst und Ludwig Erhard der dritte bedeutende Repräsentant der Adenauer-Ära und hat entscheidenden Anteil daran, daß der freiheitliche Rechtsstaat in Deutschland wieder ein festes Fundament gewann.

Bildungsofferten der Konrad-Adenauer-Stiftung

Wer die Zukunft gestalten will, muß sachkundig sein. Er muß wissen, was für die jeweiligen Politikbereiche kennzeichnend ist, muß sich in der Diskussion um die besseren Lösungen behaupten können. Das Bildungswerk der Konrad-Adenauer-Stiftung geht in seinen Eichholzer Informationstagen auf zentrale Fragen der politischen Auseinandersetzung ein.

Die nächsten Termine und Themen:

■ 5. 1. bis 8. 1. 1986

Frieden und Freiheit — Grundlagen und Bestimmungsfaktoren der deutschen Außenpolitik

■ 31. 1. bis 2. 2. 1986

Vereintes Europa — Traum, Hoffnung, Notwendigkeit

■ 12. 2. bis 15. 2. 1986

30 Jahre Bundeswehr — 30 Jahre Partner im Bündnis

■ 23. 3. bis 26. 3. 1986

Mensch und Technik — „Die Technik muß den Menschen dienen“

Teilnahmebedingungen: Teilnehmerbeitrag 40,— DM; Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn/Eigenbeteiligung 20,— DM); weitere Kosten entstehen nicht.

Informationen/Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Bildungswerk/Schloß Eichholz

Postfach 1331 — 5047 Wesseling

Telefon (02236) 707-1

Auf neuen Wegen zu neuen Arbeitsplätzen

Über 400 Teilnehmer hatte der wirtschaftspolitische Kongreß der CDU „Auf neuen Wegen zu neuen Arbeitsplätzen“ in Osnabrück. Im Vordergrund der Diskussionen standen die Themen „Neue Ideen für neue Arbeit“ und „Wir stellen ein — Kurzberichte aus der betrieblichen Praxis“.

In seiner Eröffnungsrede erläuterte Ministerpräsident Ernst Albrecht „Unsere Politik für wirtschaftliches Wachstum und mehr Beschäftigung“. Er sagte unter anderem: „Aus schrumpfendem Sozialprodukt wurde Wachstum, aus sinkenden Realeinkommen steigende. Der beängstigende Marsch in die Arbeitslosigkeit wurde gestoppt. Die Zahl der Arbeitskräfte wächst jetzt um etwa 200 000 jährlich. Zugleich wurde die Stabilität des Geldwertes wiederhergestellt. Dies ist das eindrucksvolle Ergebnis von nur drei Jahren christlich-demokratischer und liberaler Politik in Deutschland.“

Albrecht unterstrich, daß dieses positive Ergebnis maßgeblich auf die Stabilitätspolitik der Regierung Helmut Kohl zurückzuführen sei. Auch für die Zukunft müsse an diesem Kurs festgehalten werden. Zugleich sei es wichtig, die Wachstumskräfte der deutschen Wirtschaft weiter zu stärken. Dabei gehe es um qualitatives, umweltfreundliches Wachstum.

Albrecht forderte in diesem Zusammenhang, die zu hohe Unternehmensbesteuerung und die immer noch zu steile Progression im Einkommen- und Lohnsteuertarif abzubauen, die Lohnzusatzkosten einzugrenzen und, wenn möglich, zu vermindern sowie den europäischen Binnenmarkt, das heißt den freien Verkehr

aller Waren und Dienstleistungen, endlich zu verwirklichen.

Die Arbeitslosigkeit bleibt nach Albrechts Worten in den nächsten Jahren das größte Problem. Die Automatisierung der industriellen Produktion schreite unaufhaltsam voran. Überdies drängten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre die geburtenstarken Jahrgänge ebenso auf den Arbeitsmarkt wie eine steigende Zahl von bisher nicht berufstätigen Frauen. Beschäftigungsprogramme, wie die SPD sie fordere, seien hier wenig hilfreich. Allein zwischen 1974 und 1982 hätten die SPD-Regierungen für 17 solcher Programme über 50 Milliarden Mark ausgegeben und doch den rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht verhindern können.

Albrecht unterstrich mehrfach die Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums, wollte es damit jedoch nicht bewenden lassen. Es müsse eine große Anstrengung gemacht werden, um durch berufliche Qualifizierung die Nachfrage nach Arbeitskräften besser aufeinander abzustimmen. Die Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine immer größere Zahl von Stellen nicht besetzt werden könne und gleichzeitig noch erhebliche Arbeitslosigkeit zu verzeichnen sei, beweise die Bedeutung einer größeren Zielgenauigkeit in der beruflichen Bildung.

Ebenso wichtig ist nach Albrechts Worten die Bereitschaft, Arbeit zu teilen. Überstunden und Sonderschichten gingen zu Lasten der Arbeitslosen. Auch die Nebenbeschäftigung von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst müsse abgebaut werden. Vor allem aber komme es darauf an, jungen Menschen die

Chance zu geben, Arbeitsplätze zu teilen, damit keiner nach der Ausbildung vor die Tür gesetzt werden müsse. Albrecht appellierte in diesem Zusammenhang an die Unternehmer, jungen Menschen eine Chance zu geben, und an die Arbeitnehmer, aus Solidarität mit ihren jungen Kollegen Arbeitsplätze zu teilen, und schließlich an die Gewerkschaften und Betriebsräte, diesem notwendigen Akt der Solidarität keine Steine in den Weg zu legen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Frau Minister Birgit Breuel, Senatsdirektor Karl-Joachim Kierey, der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks, Karl Neumann, der Landesverbandsleiter der DAG, Erwin Dunst, und der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Ernst-Gerhard Erdmann, über neue Ideen für neue Arbeit. Dabei standen folgende Fragen im Vordergrund:

■ **Brauchen wir mehr Flexibilität im Arbeitsleben?**

■ **Mehr Beschäftigung durch Teilung von Arbeitsplätzen?**

■ **Führt technischer Fortschritt zu mehr Beschäftigung und sozialem Fortschritt?**

■ **Was tun die Tarifpartner?**

Nach der Rede von Frau Minister **Breuel** zum Thema „Unser Konzept heißt Soziale Marktwirtschaft“ war der Nachmittag den Kurzberichten aus der betrieblichen Praxis gewidmet. Unter Leitung des wirtschaftspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Matthias Wissmann**, berichteten und diskutierten Unternehmer und Betriebsräte aus ihrer betrieblichen Praxis über Neueinstellungen. Im einzelnen ging es dabei um mehr Beschäftigung durch flexible Arbeitszeiten.

Zum Schluß des Kongresses plädierte Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** leidenschaftlich für mehr Flexibilität und mehr Phantasie im Arbeitsleben.

Doppelmoral der SPD beim Umweltschutz

Die Inbetriebnahme der neuen Anlagen des Steinkohlekraftwerks Ibbenbüren (NRW) durch den Kanzlerkandidaten der SPD, Johannes Rau, rückt die jüngsten Forderungen von Rau und Genossen zu Tempolimit und Umweltschutz in ein zweifelhaftes Licht. Die in Düsseldorf genehmigten Stickoxid-Emissionen von 2500 Milligramm pro Kubikmeter sind mehr als das Zwölfwache des im Beschluß der Umweltminister der Länder vom April 1984 festgelegten Grenzwertes von 200 Milligramm pro Kubikmeter.

Das ist die Doppelmoral der SPD-Umweltpolitik: Einerseits wird unter Berufung auf höchste moralische Werte ein Tempolimit gefordert, gleichzeitig aber eine der größten Dreckschleudern in der Bundesrepublik in Betrieb genommen. Doch entspricht dies der schon hinreichend bekannten SPD-Linie: Maximalforderungen im Umweltschutz, wenn man sie nicht politisch verwirklichen muß, aber umweltpolitische Minimalprogramme in der Regierungsverantwortung.

Bei der Debatte im Bundestag zum Kraftwerk Buschhaus, für das damals genau die gleichen Genehmigungsbedingungen vorlagen, formulierte der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel:

„...denn es geht nicht allein um Buschhaus. Es geht um die Glaubwürdigkeit der Umweltpolitik des Bundestages und der Bundesregierung. Es geht darum, ob unser Volk darauf vertrauen kann, daß wir der fortschreitenden Zerstörung unserer Umwelt nicht nur mit Reden begegnen, sondern ihr auch Taten entgegenzusetzen...“

Diese Sätze muß Vogel dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsident Johannes Rau ins Stammbuch schreiben. Dieser will sich schließlich, wie er in seiner Regierungserklärung am 6. März 1985 vor dem NRW-Landtag formulierte, mit seinem Umweltprogramm, mit dessen Hilfe er einen „Kurs der ökologischen Modernisierung“ einschlagen möchte, vom Wähler „beim Wort nehmen lassen“. Die Bundesregierung ist für solche Reden der falsche Adressat. Wir betreiben eine konsequente und erfolgreiche Umweltpolitik. Reden ist Silber, Handeln ist Gold — Rau redet, die Bundesregierung hat sofort gehandelt.

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen: Das Kraftwerk Ibbenbüren bringt es an den Tag.

Der SPD geht es längst nicht mehr um eine glaubwürdige Umweltpolitik. In einem CDU-regierten Bundesland interpretiert man das Kraftwerk Buschhaus als „Nagelprobe für die Glaubwürdigkeit im Umweltschutz“ (SPD-Umweltexperte Schäfer am 31. Juli 1984 im Bundestag) und denunziert die Regierungspolitiker, sie würden „Koalitionsinteressen über die Interessen der deutschen Nation“ stellen (Exminister Apel am 31. Juli 1984 im Bundestag). Beim sozialdemokratisch verantworteten Ibbenbüren werden die abgeblasenen Riesenmengen an Stickoxiden flugs zu einem „praktischen Erfolg im Umweltschutz“ (Originalton Rau bei der Einweihungszeremonie) umgedeutet. Die „Süddeutsche Zeitung“ kommentiert lapidar: „In seiner Doppelrolle als Kanzlerkandidat und Regierungschef scheinen ihm die Sensoren abhanden gekommen zu sein.“ Und Hans Otto Bäumer, Exminister unter Rau, fragt sich: „Warum lügen sie so dreckig?“ (Süddeutsche Zeitung vom 2. Dezember 1985). Bei alledem sollte nicht vergessen werden, daß die Umweltverschmutzung in

Ibbenbüren auf die Tatenlosigkeit der sozialdemokratischen Bundesregierungen zurückzuführen ist, die es trotz mehrfacher Forderungen der CDU acht Jahre lang versäumt haben, eine Großfeuerungsanlagenverordnung zu erlassen. Ohne dieses Versäumnis könnte heute in Ibbenbüren eine moderne, entgiftete und umweltfreundliche Anlage in Betrieb gehen.

Die Bundesregierung unter Helmut Kohl hat dagegen sofort nach ihrem Amtsantritt rasch gehandelt und nicht nur die längst überfällige Großfeuerungsanlagenverordnung, sondern ein ganzes Maßnahmenbündel für eine saubere Luft in Angriff genommen.

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß auch in der Umweltpolitik Reden und Taten des Herrn Rau weit auseinanderklaffen. Auch im Umweltschutz gibt es zur Politik der Regierung Helmut Kohl keine vernünftige Alternative.

Jo Leinen saß in der Radar-Falle

Ausgerechnet der SPD-Umweltminister an der Saar und Verfechter eines rigorosen Tempo-Limits, ist — wie jetzt bekannt wurde — mit 88 Sachen in eine Radar-Falle gerast. Erlaubt waren 50 Stundenkilometer. Jo Leinen war mit seinem Dienst-Mercedes unterwegs und hatte es offenbar sehr eilig. Auf Anfrage bestätigte sein persönlicher Referent Peter Bauer: „Da ist etwas gewesen.“ Natürlich habe der Minister seinen Chauffeur verwarnt. Die CDU im Saarbrücker Landtag will trotzdem eine Anfrage einbringen. Für uns steht jetzt schon fest: Manche unserer selbsternannten Umweltpäpste gängeln gern alle anderen. Nur sich selbst wollen sie nicht gängeln lassen.

EVP- und EUCD-Proteste beim Osloer Nobelpreiskomitee

Die Vorsitzenden und Präsidenten der Christlich-Demokratischen Parteien in der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) haben an das norwegische Nobelpreiskomitee nachfolgenden Brief geschrieben:

„Sehr geehrte Damen und Herren, der Friedensnobelpreis, der der ‚Internationalen Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung eines Atomkrieges‘ verliehen wurde, soll am 10. Dezember in einer Feierstunde an die beiden Vorsitzenden dieser Organisation, an den Amerikaner Dr. Bernard Lown und den Sowjetrussen Dr. Jewgeni Tschasow, überreicht werden.

Wir, die Präsidenten der Christlich-Demokratischen Parteien im Rahmen der Europäischen Volkspartei und der Europäischen Union Christlicher Demokraten fordern das Nobelpreiskomitee auf, den Preis nicht an Dr. Tschasow zu verleihen.

Tschasow hat mit 24 anderen Mitgliedern der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der UdSSR einen Brief unterzeichnet (veröffentlicht am 2. September 1973 in ‚Izvestia‘), in welchem der Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow schmähdlich diffamiert wird. Zweifellos war dieser Brief der Auftakt zu einer Kampagne gegen Sacharow, die zu seiner Verbannung nach Gorki geführt hat. Es ist daher nicht zu rechtfertigen, Tschasow am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, feierlich zu ehren. Millionen von Menschen, die gegen die Diktaturen dieser Welt kämpfen, oft unter Einsatz ihres Lebens, würden sich damit verspottet fühlen.

Wir, die christlichen Demokraten, haben uns immer für die Respektierung der Menschenrechte in der ganzen Welt eingesetzt und wir bitten Sie deshalb, Dr. Tschasow aus der offiziellen Zeremonie auszuschließen.“

Der Brief wurde unterschrieben von:

- Oscar Alzaga, Präsident der Partido Demócrata Popular, Spanien
- Flavio Cotti, Präsident der Christlich-Demokratischen Volkspartei der Schweiz
- Gerard Deprez, Präsident der Parti Social Chrétien, Belgien
- Helmut Kohl, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
- Konstantin Mitsotakis, Präsident der Nea Demokratia, Griechenland
- Alois Mock, Präsident der Österreichischen Volkspartei
- Flaminio Piccoli, Präsident der Democrazia Cristiana, Italien
- Jean Spautz, Präsident der Christlich Sozialen Volkspartei, Luxemburg
- Franz Josef Strauß, Vorsitzender der Christlich Sozialen Union
- Frank Swaelen, Präsident der Christelijke Volkspartij, Belgien
- Piet Bukman, Präsident der Christen Democratisch Appel, Niederlande und Präsident der Europäischen Volkspartei

Tiefflüge in die Türkei

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner hat auf der NATO-Herbsttagung in Brüssel seine Allianzpartner dringend aufgefordert, die Einrichtung von Übungsplätzen für Tiefflüge und Schießübungen in der Türkei zu unterstützen.

Bundesfachausschuß empfiehlt deutsche Beteiligung an SDI

Der Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik der CDU Deutschlands unter Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Markus Berger hat einstimmig den nachstehenden Beschluß gefaßt:

1. Die Strategische Verteidigungsinitiative betrifft auch die europäische Sicherheit und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland hat deshalb an der laufenden Forschung und an deren Ergebnissen ein vitales Interesse.
2. Die angestrebten Forschungsziele würden die militärpolitische Lage des westlichen Verteidigungsbündnisses und dessen Strategie verändern. Über die Anwendung der Forschungsergebnisse müßte daher im Bündnis, dessen Ziel die Kriegsverhinderung und die Wahrung der eigenen Souveränität mit möglichst wenig Waffen bleibt, gemeinsam entschieden werden.
3. Werden die anvisierten SDI-Systeme kosteneffektiv und überlebensfähig sein, dann können sie keinen neuen Rüstungswettlauf einläuten. Im Gegenteil, sie führen zur Umstellung der zur Zeit durch wesentlich offensive Atomwaffen produzierten „Abschreckung“ auf eine Kriegsverhinderung durch wechselseitig gesicherte Verteidigungsfähigkeit bei gesamtstrategischer Stabilität. Dazu ist allerdings eine Kooperation der beiden Supermächte erforderlich, die über den bisherigen Rahmen der Rüstungskontrollgespräche hinausgeht. Die beiderseitigen Forschungen auf den Gebieten der Raketenabwehrsysteme und Anti-Satelliten-Systeme sollten in kooperative Lösungen einmünden.
4. Der Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Rake-

ten (ABM) von 1972 läßt Forschungsarbeiten zu. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjetunion seit langem neue Technologien erforscht, die zur Raketenabwehr genutzt werden könnten; darüber hinaus verfügt die Sowjetunion über das einzige funktionsfähige ABM-System und modernisiert es. Forschung im Rahmen der Strategischen Verteidigungsinitiative des amerikanischen Präsidenten ist deshalb gerechtfertigt. Der amerikanische Präsident hat in diesem Zusammenhang eine restriktive Interpretation des ABM-Vertrages zugesagt. Dies sollte gelten, solange keine anderweitigen gemeinsamen Vereinbarungen getroffen worden sind.

5. Selbst bei vollem Erfolg der SDI-Forschung werden mit ihrer Hilfe nicht alle Sicherheitsfragen gelöst werden können. Andere, bisher von den atomaren Fragen überlagerten Probleme könnten ein stärkeres Gewicht erlangen. Dabei muß bedacht werden, daß Europa und die amerikanischen Bündnispartner von einem zum großen Teil unterschiedlichen Spektrum der Waffensysteme bedroht sind.
6. Europa müßte zusammen mit der SDI und in Ergänzung dazu seine spezifischen militärischen Probleme lösen, die z. B. auf die Bedrohung seitens des Warschauer Paktes durch
 - Mittel- und Kurzstreckensysteme
 - zahlenmäßig überlegene Luftstreitkräfte auf hohem qualitativem Niveau
 - die mehrfache Überlegenheit an konventionellen Landstreitkräften, die zudem für den Angriff optimiert sind zurückzuführen sind.
7. Dies wird besser gelingen, wenn die Europäer auf die Forschungsziele und In-

halte der SDI Einfluß gewinnen und über die Ergebnisse verfügen können.

8. Deshalb empfehlen wir die deutsche Beteiligung an der SDI-Forschung.

9. Die forschungspolitische und industriepolitische Zusammenarbeit sollte dabei auch im Interesse der deutschen Institute und des eventuellen zivilen Nutzens ihrer Forschungsergebnisse durch eine Regierungsvereinbarung gesichert werden, die über die bisherigen unzureichenden Regelungen des Geheimschutzabkommens von 1970 hinausreicht.

10. Die Bundesrepublik Deutschland sollte darauf hinwirken, daß die europäische Beteiligung an der SDI auf europäischer Ebene abgestimmt wird. Europa muß im Zusammenhang mit der SDI seine Interessen definieren und seine Probleme möglichst gemeinsam lösen.

Hamburger CDU: Programm gegen Zukunftsangst

Der CDU-Programmentwurf „Hamburg 1990“ ist nach Ansicht des Parteivorsitzenden Jürgen Echternach eine Antwort auf die verfahrenere Politik der hanseatischen SPD. Vor den rund 200 Delegierten des CDU-Landesparteitages, der die endgültige Fassung des Programms diskutierte, rechnete Echternach mit den regierenden Sozialdemokraten ab: „Lähmende Flügelkämpfe haben dazu geführt, daß die Politik in Hamburg auf der Stelle tritt.“ Die Hamburger SPD treibe „richtungslos vor dem Wind“.

Das Programm „Hamburg 1990“ hat zum Ziel, die Hansestadt als leistungsfähige Kommune, lebenswerte Metropole und als „Weltstadt und Tor zu anderen Kontinenten und Menschen“ zu stärken. Echternach: „Es ist ein Programm gegen Zukunftsangst und No-Future-Mentalität.“

CDU-Spitze traf sich mit CGB-Vertretern

Bundeskanzler Helmut Kohl empfing am 28. November 1985 den geschäftsführenden Bundesvorstand des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) zu einem Meinungsaustausch über aktuelle gesellschaftspolitische Fragen. Von seiten der Bundesregierung nahmen ferner teil die Bundesminister Gerhard Stoltenberg, Norbert Blüm und Wolfgang Schäuble sowie der Parlamentarische Staatssekretär Spranger.

Der CGB war vertreten durch seinen Vorsitzenden Günter Volmer, die stellvertretenden Vorsitzenden Martin Schetter, Siegfried Rahammer und Günther Biesenberger sowie den Generalsekretär Bernhard Koch. Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches standen beschäftigungs- und tarifpolitische Fragen sowie die Themen Sozialversicherung, Betriebsverfassung und Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit bei Arbeitskämpfen. Der CGB trug dem Bundeskanzler zu diesen Bereichen seine Anliegen vor.

Der CGB richtet an die Bundesregierung die Bitte, den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurf zur Verstärkung der Minderheitenrechte in Betrieben und Verwaltungen nachdrücklich zu unterstützen. Zum Thema Neutralitätspflicht der Bundesanstalt für Arbeit trug der CGB seine Auffassung vor. Der CGB drückte die Erwartung aus, daß die nach seiner Auffassung in den letzten drei Jahren vom öffentlichen Dienst geforderten Sonderopfer schrittweise zurückgenommen werden.

Naturschutz muß ein Teil der Marktwirtschaft werden

Die CDU Hessen hat auf ihrem Parteitag in Hofheim ein Umweltprogramm verabschiedet, das unter dem Motto „Mut zur Zukunft“ steht. In dem Programm, das sich mit den Themen Naturschutz, Wasser, Boden und Umweltschutz befaßt, wird die Anwendung marktwirtschaftlicher Prinzipien in der Umweltpolitik gefordert. Naturschutz soll Teil der Marktwirtschaft werden und als „zentraler Produktionsfaktor“ neben Kapital und Arbeit gelten. Gesetzliche Vorgaben müssen sicherstellen, daß alle Schäden, die an Boden, Wasser, Luft und sonstigen Naturgütern entstehen, sich in den Produktionskosten niederschlagen, so daß letztlich die schädlichste Produktion vom Markt verdrängt wird, weil sie die teuerste ist.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte der CDU-Landesvorsitzende, Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann, die Entschlossenheit der Hessischen CDU bekundet, bei der Landtagswahl 1987 „den Spuk von Rot-Grün in Hessen“ zu beenden. Alt-Bundespräsident Professor Karl Carstens hielt auf dem Parteitag eine mit langanhaltendem Beifall aufgenommen, bemerkenswerte Rede. Hier Auszüge daraus: Unverändert erweist sich die Soziale Marktwirtschaft als stärkster Motor unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Auch sie hat freilich ihre Schattenseiten. Sie trifft manchen Unternehmer, der Konkurs anmelden muß, und viele Arbeitnehmer, die arbeitslos werden, hart. Aber unbestreitbar haben auf ihrer Grundlage Arbeitnehmer und Unternehmer aufs ganze gesehen in den letzten 35 Jahren gigantische Leistungen er-

bracht und unserem Lande zu einem früher nie gekannten Wohlstand verholfen. Der Sozialen Marktwirtschaft ist auch die Beendigung der Talfahrt unserer Wirtschaft in den letzten Jahren und die langsame, aber beständige Steigerung des Bruttosozialprodukts zu danken. Allein 1984 wurden 300 000 neue Unternehmen gegründet. Der Export der deutschen Wirtschaft wird 1985 eine Rekordhöhe erreichen, und ebenso der Überschuß in der Handelsbilanz. Wir stehen in einigen Bereichen wie im Maschinenbau und Fahrzeugbau in der Welt an der Spitze.

Nimmt man dazu die niedrige Inflationsrate von unter zwei Prozent, eine großartige soziale Leistung im Interesse der Rentner und der Sparer, ferner die gelungene Konsolidierung des Bundeshaushaltes und das niedrige Zinsniveau, so kann man mit Recht sagen, daß wir unserer wirtschaftlichen Zukunft mit Zuversicht entgegenblicken dürfen. Der Sachverständigenrat hat es vor wenigen Tagen eindeutig bestätigt. Die Politik der christlich-liberalen Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl hat an diesem Erfolg entscheidenden Anteil.

Hohe Priorität hat für uns alle die Bewahrung einer gesunden Umwelt, der Schutz unserer Wälder, der Luft, des Bodens und der Gewässer von schädlichen Stoffen aller Art. Wir tun auf diesem Gebiet viel. Unsere Kernkraftwerke sind die sichersten und umweltfreundlichsten der ganzen Welt. Der irrationale Protest gegen die Kernenergie übersieht das.

Die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in eine Gemeinschaft freier

europäischer Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Partner ist unverzichtbar für uns Deutsche ebenso wie für die anderen Europäer. Die Wiederaufnahme einer Deutschen Politik wechselnder Zusammenarbeit mit West und Ost würde unabsehbare Gefahren für Deutschland und für Europa heraufbeschwören. Die überwältigende Mehrheit unserer Mitbürger weiß das und lehnt daher eine solche Schaukelpolitik ab. In dem Spannungszustand, der zwischen Ost und West besteht, in dem geteilten Lande, in dem wir leben, bleibt Deutsch-

land unser Vaterland. Zwar ist das Gefühl für das Vaterland bei vielen unserer Mitbürger, vor allen unserer jungen Mitbürger, verlorengegangen. Der Mißbrauch, der mit diesem Begriff in der Vergangenheit getrieben worden ist, ist eine Erklärung dafür.

Aber auch die Teilung unseres Landes erschwert vielen die Identifikation mit ihm. Dennoch bleibt wahr, daß Deutschland der geistige Grund ist, aus dem unsere Sprache, unsere Kultur, unser Bewußtsein dessen, was wir sind, erwachsen ist und weiter wächst.

Dieter Pützhofen: Union im Revier muß Reform selbst vorantreiben

Eine „fundamentale Opposition“ hält der Vorsitzende der CDU Rheinland, Dieter Pützhofen, für einen gangbaren Weg, um die CDU im Ruhrgebiet zu Wahlergebnissen zu führen, die über den bisherigen Quoten von 20 bis 30 Prozent liegen.

Dazu sei eine „innere Regeneration“ der Union im Revier erforderlich. Die notwendigen Änderungen müßten jedoch aus der Ruhrgebiets-CDU selbst kommen, meinte der Krefelder Oberbürgermeister. Bei Ratschlägen von außen bestehe die Gefahr, daß sie sich „in ihrer Diaspora einigelt“. Im Ruhrgebiet gibt es nach seiner Auffassung „sehr subtile Formen der Zusammenarbeit zwischen CDU und der Mehrheitspartei SPD“, in der bürgerlichen Revier-CDU sei ein „typisches Harmonie-Bedürfnis“ vorherrschend.

Die CDU im Ruhrgebiet dürfe ihre Arbeit nicht — wie übrigens auch im gesamten Rheinland nicht — auf „ihre feste Klientel“ im Mittelstand und Wirtschaft beschränken, erklärte Pützhofen weiter. Vielmehr gelte es, Ansprechpartner für einzelne Bevölkerungsgruppen zu sein,

z. B. für Wehrpflichtige, Ersatzdienstleistende, junge Künstler sowie für junge Leute, die sich für die Dritte Welt engagieren. Bisher sei die CDU „für manche Gruppen sprachlos“ gewesen. Der rheinische Landesvorstand werde — so kündigte Pützhofen an — unter Leitung der Bonner Staatssekretärin Irmgard Karwatzki eine Arbeitsgruppe bilden, in der Kreisvorsitzende gemeinsam mit Politikwissenschaftlern und Journalisten neue Wege der politischen Arbeit im Ruhrgebiet beraten sollen.

Inflationsrate: 1,8 Prozent

Die Lebenshaltungskosten sind im November wie schon im Oktober um 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden sind Lebensmittel gegenüber dem Vorjahr geringfügig (0,1 Prozent) billiger geworden.

Ein Regierungssprecher sieht die Bundesrepublik jetzt bei der Inflationsrate an der Weltspitze.

Umweltschutz und Gentechnologie standen im Mittelpunkt

„SPD und Grüne werden 1987 vom Wähler keine Chance bekommen, eine Mehrheit zu stellen!“ Klare Worte, mit denen der CDU-Landesvorsitzende Bernd Neumann den Parteitag der Bremer CDU in der vergangenen Woche in Bremerhaven eröffnete. Die Stimmung in der Bundespartei, berichtete Neumann den knapp 300 Delegierten und Gästen, sei so gut wie seit langer Zeit nicht mehr. Die wirtschaftliche Entwicklung habe sich so eindeutig positiv entwickelt, daß den Menschen immer stärker bewußt werde, wie sehr die 1982 versprochene Wende Realität geworden ist.

Dieses sei eindeutig daran zu erkennen, daß die Inflationsrate unter 2% liege (Neumann: „Die niedrigste auf der Welt und die niedrigste in der Geschichte der Bundesrepublik“). Die Finanzen in Bonn seien wieder in Ordnung gebracht und alle wirtschaftlichen Forschungsinstitute prophezeiten für das kommende Jahr einen Stellenzuwachs um 300 000 voraus. Der CDU-Chef: „Das ist eine gute Perspektive für unser Land.“

In seinem Bericht beschäftigte sich der Landesvorsitzende auch mit den stetigen finanziellen Forderungen des neuen Bremer Bürgermeisters an die Bundesregierung. Finanzhilfe aus Bonn oder Unterstützung durch andere Bundesländer könnten stets nur flankierende Maßnahmen sein. Der Grundstein zur Gesundung müsse vor Ort, in Bremen, gelegt werden. Ausdrücklich dankte Neumann den CDU-Bundestagsabgeordneten Metz und Hinrichs sowie dem Europa-Abgeordneten Ebel, die dafür gesorgt hätten, daß Bremen seit Regierungsübernahme von

Helmut Kohl aus Bonn mehr finanzielle Hilfe erhalten habe als zuvor.

Themenschwerpunkte des außerordentlichen Parteitages waren die Problemkreise Umweltschutz und Gentechnologie. Fast einstimmig sprachen sich die Delegierten für einen Entschließungsantrag aus, mit dem der Bremer Senat aufgefordert wird, das bestehende Tempolimit auf den Autobahnen des kleinsten Bundeslandes aufzuheben. Auch der umfangreiche Antrag mit dem Thema „Umweltschutz in der sozialen Marktwirtschaft“ fand eine überwältigende Mehrheit.

Deutlich unterschiedliche Meinungen kamen in der Diskussion über den Antrag „Gentechnologie und Reproduktionsbiologie“ zutage.

Verschiedene Redner sprachen sich aus ethischen Gründen gegen jegliche Nutzung der humangenetischen Möglichkeiten aus, während andere für eine sehr liberale Haltung eintraten. Verabschiedet wurde schließlich mit großer Mehrheit ein Antrag, nach dem Ehepaare, denen der Wunsch nach einem eigenen Kind „mit den Mitteln der bisherigen Sterilitätsbehandlung nicht erfüllt“ werden kann, die Möglichkeit einer künstlichen Befruchtung eröffnet werden kann. Diese Regelung soll nicht für unverheiratete Paare gelten. Auch Leihmutterchaften oder gentechnische Veränderungen des menschlichen Erbgutes seien „ethisch nicht vertretbar“ und wurden eindeutig abgelehnt. Die Möglichkeiten einer künstlichen Befruchtung wurden allerdings auch klar eingegrenzt: Nicht nur der Kinderwunsch des Ehepaares soll maßgebend sein, sondern mit zumindest ebenso starker Gewichtung das künftige Wohlergehen des erhofften Kindes.

„25 Jahre Bundesparteigericht der CDU“

Am 26. November 1985 fand im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eine Jubiläumsveranstaltung statt, mit der das 25jährige Bestehen des Bundesparteigerichts der CDU begangen wurde.

Der Vorsitzende, Staatssekretär a. D. Dr. Heinrich Barth, konnte neben zahlreichen Vertretern von Kreis- und Landgerichten auch Generalsekretär Heiner Geißler begrüßen, der den Parteirichtern nicht nur für die geleistete Arbeit dankte, sondern die Gelegenheit benutzte, allgemein die Rolle der politischen Parteien im demokratischen Staat zu würdigen. Heiner Geißler rief dazu auf, dem von weiten Teilen der Medien verbreiteten Negativ-Image der Parteien zu begegnen. Vielmehr müßten deren konstruktive Beiträge — insbesondere die der Union — beim Aufbau und Erhalt der freiheitlichen und sozialen Struktur der Bundesrepublik Deutschland in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden.

Ein Grußwort sprach auch der Vorsitzende des Schiedsgerichts der CSU, Dr. Wolfsteiner. Ein Festvortrag von Professor Dr. Manfred Löwisch, Universität Freiburg, gab der Veranstaltung einen weiteren, wissenschaftlichen Akzent.

Besonders sei auf die aus Anlaß des Jubiläums herausgegebene Broschüre „25 Jahre Bundesparteigericht der CDU 1960—1985“ hingewiesen. Sie enthält unter anderem Beiträge zum Thema „Parteiausschluß“ und „Wahlanfechtung“, zahlreiche Leitsätze zu wichtigen Entscheidungen des Bundesparteigerichts sowie weiterführende Literatur- und Rechtsprechungshinweise aus dem Bereich der Parteischiedsgerichtsbarkeit.

Christlich Demokratische Union Deutschlands

25 Jahre
Bundesparteigericht
der CDU
1960-1985

CDU
sicher
sozial
unser frei

Für die Arbeit der CDU-Parteigerichte wird diese Broschüre in Zukunft unverzichtbar sein. Sie kann ab sofort beim Versandzentrum bezogen werden.

Mindestabnahme: 1 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 3,40 DM
Bestellnummer: 3714

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 13 28
4804 Versmold

Zur Sache:

Na also!

Prognose der Fünf Weisen: Es geht weiter aufwärts

Mehr Wachstum – Etwas weniger Arbeitslose – Mehr private Kaufkraft

Der Wirtschaftsaufschwung hält an
Bonn sieht sich in seinem Kurs bestätigt

Das Jahresgutachten: Besserung auch auf dem Arbeitsmarkt

Sachverständige: Der Aufschwung ist bis 1987 gesichert

Konjunktur lange Dauer prophezeit

Früchte
der
Sparpolitik

Weiter aufwärts
Im Aufwind
Zuversichtliche Weise

**„Weise“ rechnen 1986
mit viel mehr Kaufkraft**

„Aufschwung geht keineswegs
am Arbeitsmarkt vorbei“

Wir haben es geschafft! Prognose für '86:

- ⇒ Die Zahl der Beschäftigten wird um 300.000 zunehmen.
- ⇒ Wirtschaftswachstum von 3 – 3,5%.
- ⇒ Soziale Preise. Die Verbraucherpreise werden mit 1,5% Anstieg nahezu stabil bleiben.

Die erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl zahlt sich
für alle Bürger aus!

CDU

/// sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Button Offensive '87

Mit dem
Button
können alle
Mitglieder
zeigen, daß sie
bei der
Offensive '87
aktiv mitmachen.

Mindestabnahme:
100 Stück

Preis pro

Mindestabnahme: 14,— DM

Bestell-Nr.: 9700



UID

38/85

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn,
Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 * **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon
(02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjje.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr.
2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis**
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VWA-
Druck, Düsseldorf.